

Bündnis für  
Gerechtigkeit im Sozial  
und Bildungswesen

**BGSB**

Assoziierte Gruppe des sozialistisch  
demokratischen Studierenden-  
verbandes Nordrheinwestfalen

**.sds**

**Arbeitsprogramm und hochschulpolitische Forderungen der Hochschulgruppe  
Bündnis für Gerechtigkeit im Sozial- und Bildungswesen  
Assoziierte Gruppe des Sozialistisch Demokratischen Studierendenverbandes NRW**

Dies ist das Arbeitsprogramm der Hochschulgruppe (HSG) BGSB.SDS. Hier sind alle hochschulpolitischen Forderungen und Arbeitsansätze der HSG zu finden. Ihr erfahrt, in welchen Gremien wir tätig sind und welche Ziele wir umsetzen möchten.

## **Eine kleine Historie**

Die Gruppe gründete sich zu der Zeit, als die Föderalismusreform I das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie zur Einführung des Hochschulfreiheitsgesetz (HFG) und des Hochschulfinanzierungsgerechtigkeitsgesetz (HFGG) legitimierte. Eine Zeit, in der der Bereich Bildung von vielen Reformen betroffen war und ergo die Studierendenschaften und ihre Vertretungen vor Ort besonders aufmerksam sein mussten. Zu dieser Zeit aber glänzte die damalige Vertretung der Studierendenschaft der Hochschule Niederrhein (HN) auf nahezu allen Ebenen durch Stagnation und Blindheit. Der AStA zog es stattdessen vor, Partys zu organisieren. Der gesamte Bereich der Hochschulpolitik wurde von einer handvoll engagierter Studierender bearbeitet, die jedoch kaum bis gar keine Unterstützung durch die Verantwortlichen erfuhren. Aus dieser Lage heraus wurde kurz vor der Wahl der studentischen Selbstverwaltung eine kleine Liste geboren. Die selbst gesteckten Ziele waren:

- einen eigenen AStA stellen
- den politischen Kurs ändern bzw. einen politischen Kurs einschlagen
- die studentische Selbstverwaltung zu politisieren
- das politische Engagement an den Fachbereichen zu fördern

Diese für die Liste erste Wahl wurde mit absoluter Mehrheit gewonnen. Doch vor der inhaltlichen Arbeit steht die strukturelle Arbeit.

Das jedenfalls mussten wir nach der ersten Wahl erfahren. Die gesamte erste Amtszeit wurde verbracht, den Scherbenhaufen vergangener Verantwortlicher aufzufegen und zu entsorgen. Zum ersten Mal wurde nun ein Haushaltsplan erstellt und der Haushalt entsprechend vernünftig geführt, anstatt die Finanzen der Studierendenschaft im Blindflug zu managen.

Zur Wahl 2008 hat sich die Struktur der Gruppe dahingehend gefestigt, dass mit linkspolitischen Inhalten offener umgegangen werden konnte. Die HSG wurde assoziierte Gruppe des sozialistisch demokratischen Studierendenverbandes (DieLinke.SDS) und drückte das folglich auch im Namen aus. Sie war an der Gründung des Landesverbandes beteiligt, stellte zu dem Zeitpunkt einen Vertreter für den Landeskoordinierungsrat von DieLinke.SDS NRW, danach ebenso einen Vertreter im LandessprecherInnenrat von DieLinke.SDS NRW.

Die nun zweite Wahl wurde wiederum mit einigem Erfolg mit relativer Mehrheit gewonnen. Nun bereiten wir uns auf den dritten Wahlgang im April/ Mai 2009 vor. Damals wie heute wollen wir mit einer Mehrheit im StuPa den politischen Kurs der Studierendenschaft der Hochschule beeinflussen und den AStA-Vorstand stellen. Wir haben in den vergangenen Legislaturperioden viele Erfahrungen gesammelt und wollen diese auch weiterhin der Studierendenschaft zur Verfügung stellen.

## **Studierendenparlament (StuPa)**

In der Vergangenheit wurde im StuPa wenig strukturiert gearbeitet, viele Mitglieder erschienen, wenn überhaupt, zur monatlichen Sitzung, darüber hinaus ging lange Zeit wenig Initiative von den Mitgliedern des Parlamentes aus. Die Vertretung studentischer Interessen jedoch verlangt eine umfassende Beteiligung an bildungs- und sozialpolitischen Entwicklungen. Diese Themen sind umfangreich. Für eine einzelne Person ist es nicht möglich, sich gleichermaßen auf allen Gebieten der Politik und Wirtschaft auszukennen. Zur optimalen Vertretung der Interessen der Studierenden ist es daher unabdingbar notwendig, die Arbeit zu strukturieren. Auch wenn es am Ende nicht möglich ist, das gesamte Studierendenparlament dahingehend umzustrukturieren, dass thematische Ressorts gebildet werden, so wird die Fraktion des BGSB.SDS dies in die Tat umsetzen, um eine Optimierung der Arbeit zu fördern und dadurch die Umsetzung der eigenen Ziele zu erwirken. Die Stellungnahme zu allgemeinpolitischen Themen wird in der Satzung der Studierendenschaft explizit als Aufgabenfeld des StuPa genannt. Das BGSB.SDS wird sich dieser Aufgabe jetzt annehmen. Besonders auch die Auseinandersetzung mit kommunalpolitischen Veränderungen wird nach und nach durch unsere Fraktion Einzug im StuPa halten. Kommunalpolitische Entwicklungen,

aber auch Entwicklungen allgemeinpolitischer Art haben immer auch direkt oder indirekt einen Einfluss auf das studentische Leben. Diesem Feld muss eine viel größere Aufmerksamkeit zuteil werden.

Daher fordern wir eine deutliche Steigerung der Stellungnahmen zu allgemeinpolitischen Fragestellungen.

Ein weiteres Aufgabenfeld ist die Bildung. Der Aktionsmonat April 08 war als ein erster Einstieg in diesen Komplex zu werten. Das Veranstellen von alternativen Seminaren, wie auch das Angebot kritischer Wissenschaften soll ein Aufgabenfeld unserer Fraktion sein. Wir wollen folgerichtig die Installation kritischer Wissenschaften in den Curricula der Fachbereiche!

### **Allgemeiner Studierenden Ausschuss (AStA)**

Durch die Einführung der Bachelor/Master-Studiengänge und die damit verbundene Verkürzung der Studienzeit ist es schwieriger geworden, engagierte StudentInnen zu finden, die sich über einen längeren Zeitraum mit dem Komplex der Vertretung studentischer Interessen beschäftigen. Die nicht mehr zeitgemäße Struktur des AStA verhindert eine Beteiligung an sehr speziellen Themengebieten, die gerne auch nur kurzfristig auftreten. BGSB.SDS reagiert auf diese Situation durch offene projektbezogene Referate. Sie ermöglichen, über die festen MitarbeiterInnen des AStA hinaus, zusätzlich engagierte Menschen mit verantwortungsvollen Aufgaben für die Studierendenschaft zu betrauen. Offene projektbezogene Referate können kurz- und langfristig besetzt, sowie kurzfristig gegründet oder aufgelöst werden, wie es dem aktuellen Bedarf entspricht. ReferentInnen der offenen projektbezogenen Referate erhalten keine Aufwandsentschädigung, sind jedoch vor der Verwaltung wie gewählte Mitglieder der studentischen Gremien zu behandeln. Den offenen projektbezogenen Referaten soll eine angemessene Kostenstelle eingerichtet werden. Daher setzen wir uns für eine Umstrukturierung des gesamten AStA, zur Verbesserung des Beratungsangebotes und zur Effizienzsteigerung ein.

### **Fachschaftsräte und Fachschaftsräte-Konferenz (FSRs und FSRK)**

Durch den Einsatz von BGSB.SDS wurde die Fachschaftsräte-Konferenz im Laufe der letzten Legislatur wiederbelebt. Die Arbeit innerhalb des freiwilligen Gremiums ist durchweg konstruktiv und wird von allen beteiligten Personen zur Verbesserung der Kommunikation und Koordination der Arbeit in den Fachbereichen als wichtig angesehen.

Wir wollen einerseits diese Arbeit weiterführen und vertiefen, andererseits ist es ein wichtiges Anliegen des BGSB.SDS die FSRK im Ganzen zu stärken.

Die Fachschaftsräte sollen auf hochschulpolitischer Ebene mehr Macht erhalten und somit mehr Mitspracherecht in ihren Fachbereichen.

### **Haushaltsausschüsse (HHAs)**

Die Präsenz von studentischen VertreterInnen innerhalb der HHAs der FBRs ermöglicht detaillierte Einblicke in die Haushaltsplanungen der Fachbereiche. Die HHAs erarbeiten ein Haushaltskonzept für den jeweiligen Fachbereich, welches auf den FBR-Sitzungen den gewählten VertreterInnen des Fachbereiches zur Abstimmung vorgelegt wird. Es ergibt sich hier eine starke Einflussnahme auf den gesamten Fachbereich.

Das BGSB.SDS strebt an, in sämtlichen HHAs durch seine Mitglieder vertreten zu sein. Wir möchten über die Pläne und Vorhaben der Fachbereiche und über die Verausgabung der (Studierenden-) Gelder mitbestimmen. Wir werden verhindern, daß Gelder für unsinnige Investitionen verausgabt werden und wir werden für Transparenz in den Fachbereichen stehen.

## **Gleichstellungskommission**

In der Gleichstellungskommission werden Aktionen und Verfahren, die die Gleichstellung von Männern und Frauen an der HN fördern sollen, besprochen und geplant. Die VertreterInnen der Hochschule dieses Gremiums sind mit ihrer Arbeit für die Gleichstellung voll ausgelastet und brauchen deshalb engagierte und motivierte studentische Mitglieder (2 Personen), die diese Thematik ernst nehmen und sich in diesem Bereich einbringen möchten.

## **Berufungskommission**

Mit Hilfe der Berufungskommission werden neue Professorinnen und Professoren berufen. Leider werden oftmals nicht nur fachliche Interessen bei der Besetzung neuer Stellen berücksichtigt.

In den Berufungskommissionen haben Studierende die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung und Ausrichtung ihres Fachbereiches mitzuwirken.

Das BGSB.SDS will das Interesse für dieses wichtige Entscheidungsgremium erhöhen und eine bewusste studentische Beteiligung fördern.

## **Senat**

BGSB.SDS lehnt Studienbeiträge jeglicher Art kategorisch ab und fordert deren Abschaffung. Es hat sich allerdings schon sehr früh herausgestellt, dass die Hochschule in dieser Forderung keine Verhandlungspartnerin ist. Auf Senatsebene ist jedoch der Ausbau der Befreiungs- und Ermäßigungstatbestände in der Studienbeitragsordnung zu erstreiten.

BGSB.SDS fordert, dass mindestens die Hälfte der Sitze in den Gremien durch studentische VertreterInnen abzudecken ist. In einer parlamentarischen Demokratie steht der größten Gruppe der Mitglieder der Hochschule auch anteilig die höchste Zahl der VertreterInnen zu. In den Strukturen der meisten Hochschulen sieht die Praxis jedoch anders aus: in den meisten Fällen bildet die Vertretung der Studierendenschaft den kleinsten Anteil, auch die Amtszeiten sind in der Regel nur halb so lang. Dies zeigt, dass wir als akademische BürgerInnen nicht wahrgenommen und in den Vertretungsgremien als solche entmündigt werden.

Die Amtszeiten in den Gremien müssen einander angeglichen werden. Die Hochschule profitiert von der hohen Frequenz der personellen Wechsel auf Seiten der Studierenden. Um dem entgegenzuwirken, fordert BGSB.SDS eine Angleichung der Amtszeiten für alle VertreterInnen auf ein Jahr und damit die Demokratisierung der Gremien.

Außerdem fordern wir einen transparenten Umgang mit den Studienbeiträgen ein. Das Argument der Umstellung von Kameralistik auf Doppelte Buchführung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass erst nach vielfacher Aufforderung deutlich gemacht wurde, wie mit den Studienbeiträgen umgegangen wurde. BGSB.SDS fordert die Offenlegung der Haushalte aller Fachbereiche.

## **Förderung und Forcierung der Transparenz an der Hochschule**

Die HSG tritt dafür ein, dass die HN durch öffentlichen Druck ein großes Stück an Transparenz gewinnt. Da sich die Hochschulleitung bei der Schaffung von Transparenz sehr schwer tut, liegt es an uns, dass die StudentInnen Einblicke und Aussagen erhalten, die ihnen zustehen.

Wir warten nunmehr seit Beginn des Wintersemesters 08/09 auf Angaben, welche die Fragen an die Hochschulleitung und -verwaltung über die Verwendung der Gelder aus den Studienbeiträgen beantworten.

Die Studierenden haben ein Recht auf diese Informationen – und BGDB.SDS wird diese für Euch einholen!

## **Änderungen in der Beitragsordnung der HN**

Der AStA verhandelt innerhalb der Arbeitsgruppe Beitragsordnung einige vom Senat an die AG Beitragsordnung weitergegebene Anträge des AStA, Befreiungstatbestände auszuweiten, um zumindest ein Stück weit Missstände abzuschaffen und Demokratie, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu fördern bzw. Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen Prozess zur Förderung von Demokratie an der HN anstoßen.

Dies ist zum einen die Forderung, dass Studierende nicht wegen Mängeln in der Struktur bzw. im System zur Entrichtung von Studienbeiträgen herangezogen werden dürfen.

Konkret ging es bei diesem Antrag darum, dass Studierende keine Beiträge zu zahlen haben, wenn sie trotz Einhaltung aller Formalia und Fristen einen Termin für das Kolloquium erst im neuen Semester erhalten.

In den Verhandlungen stecken wir noch beim Antrag auf komplette Befreiung bei Gremientätigkeit, und zwar auf Amtszeit. Es gestaltet sich in der Tat ziemlich schwierig, unsere Forderung durchzusetzen, doch ist auf jeden Fall Besserung zu erwarten. Zur Diskussion steht der Vorschlag, vier Semester komplett zu befreien oder stattdessen für sechs Semester eine 50%ige Ermäßigung zu bekommen.

## **Vorhandene Strukturen**

Es gibt eine Vielzahl an Einrichtungen, die alle zur Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden beitragen sollen. Diese Einrichtungen müssen untereinander vernetzt werden, um eine Optimierung der Beratungsangebote zu erreichen.

Beispielsweise wurden Vereinbarungen mit der Gleichstellungsbeauftragten geschlossen. Mit dem Leiter der psychosozialen Beratungsstelle für Studierende werden aktuell Gespräche zur Kooperation geführt.

## **Feminismus und Geschlechterpolitik**

Das BGSB.SDS arbeitet intern nach den Regeln der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern und versucht des weiteren nach außen über gesellschaftliche Missstände und diskriminierende Machtverhältnisse aufzuklären. Die Mitglieder des BGSB.SDS bemühen sich, ihre Sprache nach den Regeln der feministischen Linguistik zu gestalten, um somit Teil der gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu werden. Des Weiteren bemüht sich das BGSB.SDS, die politische Tätigkeit und die politische Einflussnahme von Frauen in der Liste selbst und in der Hochschulpolitik allgemein zu fördern.

## **Kulturarbeit**

Während der ersten Legislatur ist es nach einigen Jahren endlich wieder gelungen, an der Organisation des City Movement, dem Gladbacher Open-Air-Festival, mitzuwirken. In der Vergangenheit war der AStA immer wieder in sehr starkem Umfang an dem Festival beteiligt. Das wurde dann jedoch sträflich vernachlässigt. Für das nächste Jahr haben wir bereits eine Projektstelle im AStA eingerichtet, die ausschließlich mit der Planung des Gladbacher Umsonst und Draußen-Festivals betraut ist.

Die hiesige VeranstalterInnenszene ist jederzeit interessiert und interessiert gewesen, sich mit der Kulturarbeit des AStA zu vernetzen, um die Kulturlandschaft in unserer Region zu stärken. Eine Förderung dieser Vernetzung ist unser Ziel.

## **Sport**

Der Studienbeginn bedeutet für viele StudienanfängerInnen auch den Wechsel des häuslichen und sozialen Umfeldes. Sport ist ein bewährtes Mittel, sich an einem neuen Wohnort das erste soziale Netzwerk mit gemeinsamen Interessen aufzubauen. Im Sportreferat des AStA wollen wir weiter daran arbeiten, das bestehende Sportangebot aufrecht zu erhalten und nach Möglichkeit zu erweitern. Mönchengladbach steht, wie viele andere Kommunen auch, unter Finanzaufsicht. Gerade das Sportangebot ist eine Leistung, zu der eine Kommune nicht verpflichtet ist. Damit gehört dieses Angebot auch zu den ersten, welches von Mittelstreichungen bedroht ist. Die Räumlichkeiten, die für ein geeignetes Sportangebot benötigt werden, stehen vielfach nicht zur Verfügung, sodass es immer schwierig ist, zusätzliches Sportangebot zu realisieren. Trotzdem gelang es dem BGSB.SDS, Erweiterungen auszuhandeln.

## **Verbesserung der Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte**

BGSB.SDS setzt sich für eine gerechte Bezahlung und für faire Arbeitsbedingungen für die studentischen Hilfskräfte an der Hochschule ein. Dabei unterstützt BGSB.SDS die Forderungen des Landesastentreffens (LAT) und setzt sich mit verschiedenen Bündnissen wie z.B. der TarifIni sowie den studentischen Organisationen in den Gewerkschaften dafür ein, die Situation der studentischen Hilfskräfte zu verbessern.

## **Verbandsarbeit**

Das Ziel der freien Bildung ohne Studienbeiträge kann nur durch die Rücknahme des HFG und des HFGG werden. Dies zu erreichen, liegt nicht in der Hand des Präsidiums der Hochschule. Es kann nur durch die Steigerung der Mitarbeit in den landes- und bundesweiten Verbänden realisiert werden. Die Verfasste Studierendenschaft (VS) muss sich weiter vernetzen, um schlagkräftig agieren zu können. Daher wollen wir die Mitarbeit in den verschiedenen Verbänden aber auch in den Gewerkschaften und Parteien weiter steigern.

Bislang ist BGSB.SDS die einzige HSG der HN, die überhaupt an den überregionalen Verbandsstrukturen partizipiert. Wir stellen einen Vertreter im Verwaltungsrat des Studentenwerkes Düsseldorf und können somit tatsächlich Einfluss auf die entsprechenden Entscheidungen wie über Mensapreise, -öffnungszeiten, Sozialbeitrag des Studentenwerkes oder Studierendenwohnheime nehmen.

Breite Bündnisarbeit auf Landes- und Bundesebene:

- LAT (LandesAstenTreffen)
- fzs (Freier Zusammenschluss StudentInnenschaften)
- ABS (Aktionsbündis gegen Studiengebühren)
- Verein zur Förderung des Rechts auf Bildung (Förderverein des ABS)
- BAS (Bundesausschuss ausländischer Studierender)

Der Erhalt der VS gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben. Aber erst das Erreichen des politischen Mandates der VS ist konsequenterweise unser höchstes Ziel demokratischer Bestrebungen auf hochschulpolitischer Ebene.

## **Förderung des politischen Engagements**

Die Mitglieder von BGSB.SDS werden ermutigt und bestärkt, sich politisch zu engagieren. Sei es vor Ort in Hochschulgremien, in studentischen Gremien, in kommunalpolitischen Gruppen oder überregional in Landesarbeitsgruppen der Verbände, Parteien und Gewerkschaften. Es ist uns ein Anliegen, ein breites (hochschul-)politisches Engagement zu fördern. Die Gesellschaftsform der Demokratie lebt einzig und allein von einer breiten Partizipation an politischen Vorgängen.

## **Gemeinsam gegen Rechts**

Der Niederrhein hat bedauerlicherweise zur Zeit eine sehr aktive rechte Szene, die sich auch in MG und KR auszubreiten versucht. Krefeld konnte (vorerst) davor bewahrt werden, eine Rheinlandzentrale der NPD zu beherbergen. Die Zwangsversteigerung einer Wohnung, die ins Auge der NPD gefasst wurde, konnte auch Dank des Druckes des Krefelder Bündnisses für Toleranz und Demokratie, dem der AStA als aktiver Unterstützer angehört und auch weiterhin angehören soll, verhindert werden. Dieser Erfolg darf aber unter keinen Umständen zum Anlass genommen werden, den bisherigen Einsatz zu reduzieren - im Gegenteil! Mit diesem Engagement sollen vor allem auch die StudentInnen der Hochschule angesprochen, sensibilisiert und motiviert werden, sich für ein starkes Bündnis gegen Rechts einzusetzen.

## **Positionen und Forderungen des BGSB.SDS in aller Kürze**

- Klare Absage und Bekämpfung jeglicher Art von Studiengebühren: Bildung ist keine Ware sondern ein Allgemeingut!
- Abschaffung des Hochschulrates! Die HN ist kein Wirtschaftsunternehmen. Sie braucht keinen Aufsichtsrat, sondern eine stabile demokratische Selbstverwaltung.
- Mehr Mitspracherecht der StudentInnen in sämtlichen Organen der Hochschule.
- Barrierefreies Studieren
- Preisstabiler Erhalt des NRW-Tickets
- Förderung der politischen Teilhabe der Studierenden
- Förderung des kulturellen Angebotes und des interkulturellen Austausches an der Hochschule
- Ausfinanzierung und den an der Nachfrage orientierten Ausbau der Studienplatzkapazitäten
- Gesicherter und freier Zugang zu den Masterstudiengängen
- Abschaffung des Numerus Clausus
- Ausbau der sozialen Infrastruktur durch bessere Ausfinanzierung der Studierendenwerke und Abschaffung der Kommerzialisierung des Campus und der Studieninhalte
- Durchsetzung verbesserter Arbeitsbedingungen an den Hochschulen und tariflichen Arbeitsverhältnissen für studentische Beschäftigte
- Gleiche Rechte für alle Studierende unabhängig von ihrem Herkunftsland, ihrer finanziellen Situation, ihrem kulturellen Hintergrund und ihres Geschlechts.
- Vollständige Finanzierung der Hochschulen durch Land und Bund, um ihre Unabhängigkeit von Drittmitteln der Privatwirtschaft zu gewährleisten.
- Verbesserung der Wohnsituation der Studierenden in den Wohnheimen (z.B. Demokratisierung, Verkehrsanbindung, zentrale Lage, Hygiene, etc.)
- Partizipation an der Kommunalpolitik der Standorte
- Erweiterung des Lebensumfeldes der Studierenden durch Einbindung der Infrastruktur der Standorte
- Satzungsänderung des Studentenwerkes Düsseldorf: Ein fester Sitz für VertreterInnen der HN
- Leistung von Beiträgen zur Aufklärung in Gleichstellungs- und Geschlechterfragen
- keine Privatisierung im Studium und an den Hochschulen sondern öffentliche Verantwortung für die Hochschulen
- Erweiterung des kulturellen Angebotes an Hochschule und Standort
- stärkeres Engagement auf dem Gebiet Umweltschutz und Sensibilisierung der VS für dieses Thema
- Ablehnung jedes nationalsozialistischen Gedankengutes innerhalb und außerhalb der VS